

Caritas &Du

Gute Bildung. Bessere Zukunft für alle Kinder!

Förderungsprogramm der Caritas für ein
sozial nachhaltiges Bildungssystem



Chancengerechtigkeit buchstabieren

Liebe Leserin, lieber Leser!

Auch noch nach Jahrzehnten lassen sich Abende mit Erinnerungen an die Schulzeit füllen. Allein das zeigt, wie sehr uns diese Zeit prägt und festhält. Das mag mit ein Grund dafür sein, warum Bildungsdiskussionen in unserem Land oft sehr emotional geführt werden, sich Fakten mit Mythen vermischen und lieb gewonnene Gewohnheiten neue Entwicklungen verhindern. Das alles wäre erträglich, stünden dabei nicht die Zukunftsperspektiven unserer Kinder auf dem Spiel – und damit die Zukunft unserer gesamten Gesellschaft.

Ist es nicht so? Gebildete Kinder haben sehr wahrscheinlich gebildete Eltern, wenig gebildete Kinder haben oft wenig gebildete Eltern. In der täglichen Caritas-Arbeit sehen wir es immer wieder: Bildungsarmut geht nur allzu oft mit materieller – und in der Folge auch seelischer – Not einher. Das heimische Schulsystem ist derzeit nicht dazu geeignet, auch benachteiligte Mädchen und Burschen mit auf die Bildungsreise zu nehmen.

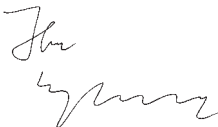
Als Organisation, die an den Brennpunkten der Gesellschaft tätig ist, spüren wir die Reformnotwendigkeit im heimischen Bildungssystem in einem sehr hohen Maß. Das veranlasst uns dazu, eine Reformagenda auf den Tisch der zuständigen PolitikerInnen zu legen. Denn damit wir künftig

Gute Bildung.
Bessere Zukunft
für alle Kinder!

allen unseren Kinder Chancengerechtigkeit buchstabieren können, brauchen wir eine umfassende und rasche Bildungsreform ohne Halbherzigkeiten und ohne Scheuklappen.

Jeder einzelne Mensch, und damit auch jedes Kind, hat eine von Gott gegebene Würde. Sie ist angeboren, niemand muss diese Würde erst erwerben oder verliehen bekommen. Eng mit dieser Würde verbunden ist das Recht auf ein Leben ohne Armut und mit Perspektiven. Das Motto muss also lauten: „Bitte alle einsteigen!“ Denn Bildungschancen, die gerechter verteilt sind, tragen direkt dazu bei, soziale Unterschiede zu verringern.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass ein Bildungssystem mit dem Anspruch, alle Kinder zu integrieren, auch allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommt. Es ist der produktive Umgang mit der Vielfalt, der uns reifer macht, und es ist das Lernen voneinander und miteinander, das uns stark macht.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Franz Küberl', written in a cursive style.

Franz Küberl
Caritas-Präsident

Mit Bildung gegen Armut: die Herausforderungen

Bildung ist weit mehr als Wissen. Bildung ermöglicht Selbstbestimmung und zielt auf die Bereitschaft und Fähigkeit des Menschen ab, kritisch denken und selbstverantwortlich urteilen und handeln zu lernen. Bildung muss deshalb zu einem verantwortungsbewussten Leben in einer freien Gesellschaft im Geist des Friedens, der Solidarität, der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Verständigung zwischen den Völkern und religiösen/ethnischen Gruppen sowie zur gesellschaftlichen Teilnahme befähigen.

Bildung hat konkrete Auswirkungen auf die Lebenssituation von Menschen: Je geringer ihre Bildung ist, desto höher ist die Armutsgefahr. Während 21 % der PflichtschulabsolventInnen armutsgefährdet sind, sind es nur 9 % der Personen mit Lehre, mittlerer Schule oder Matura. In manifester Armut leben 11 % der Personen mit Pflichtschulabschluss. Bei Personen mit Lehre/mittlerer Schule liegt dieser Wert bei nur 4 %, bei Matura sind es 2 % (BMASK (2011): Armutsgefährdung in Österreich, EU-SILC 2008).

Armut und Armutslagen lassen sich allein durch bessere Bildung nicht verhindern. Es steht aber außer Frage, dass bessere Bildung höhere Lebenskompetenzen, mehr persönliche Ressourcen und bessere Teilhabechancen in Beruf und Gesellschaft bringt. Demnach reduziert Bildung die Gefahr, unter Armut leiden zu müssen.

Österreichs Bildungssystem – insbesondere die Schulen – müssen sich heute vielen Anforderungen und Einflussfaktoren stellen. Für sie gilt aus Sicht der Caritas besonders auch die Herausforderung der sozialen Nachhaltigkeit. Nur

Gute Bildung.
Bessere Zukunft
für alle Kinder!

ein sozial nachhaltiges Schulsystem kann einen Beitrag dazu leisten, dass möglichst alle Menschen jene Kompetenzen und Qualifikationen erwerben, die ihnen ein gutes und erfüllendes Leben frei von beständiger Armut gewährleisten.

Österreichs Bildungssystem hat mit Blick auf seine soziale Nachhaltigkeit Handlungsbedarf. Die Fakten sprechen eine klare Sprache:

- Knapp ein Drittel der 15- bis 34-Jährigen schafft einen höheren formalen Bildungsabschluss als die eigenen Eltern, rund die Hälfte (53 %) einen gleichwertigen formalen Bildungsabschluss („Bildungsvererbung“).
- Aus bildungsfernen Schichten wechseln nur 15 von 100 Kindern nach der Volksschule in ein Gymnasium. Bei Kindern von AkademikerInnen sind es hingegen 65 von 100.
- 50 % der Kinder, die aus einem bildungsfernen Haushalt kommen, beenden die Schule nach der Pflichtschule.
- 16,8 % der Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern haben keinen Pflichtschulabschluss. Bei Kindern, die in bildungsnahen Elternhäusern aufgewachsen sind, sind es 3,1 %.
- Der Anteil der Studierenden aus niedrigen sozialen Schichten beträgt 19 %. 1998 waren es noch 26 %.
- Immer mehr junge Menschen können trotz positiven Pflichtschulabschlusses nur unzureichend lesen, schreiben und rechnen. Bildungsforscher/-innen schätzen, dass es etwa 300.000 funktionelle AnalphabetInnen gibt.

- Laut der AK-Nachhilfestudie 2010 erhalten 8 % der Volksschüler/-innen, 23 % der Hauptschüler/-innen, 29 % der Schüler/-innen einer AHS-Unterstufe, 35 % der Schüler/-innen einer AHS-Oberstufe und 26 % der BHS-Schüler/-innen Nachhilfe. Die Abhängigkeit von der Leistbarkeit des Nachhilfeunterrichts verstärkt die soziale Selektion im Bildungswesen. 8,7 % der Schüler/-innen brechen die Schule ab. Das höchste Risiko eines frühzeitigen Bildungsabbruchs besteht bei MigrantInnen sowie bei Kindern, deren Eltern selbst ein niedriges Bildungsniveau haben.

(Vgl. dazu Statistik Austria, Mikrozensushebung 2009: Eintritt junger Menschen in den Arbeitsmarkt; Nationaler Bildungsbericht 2009, PISA Studie hrsg. von Günter Haider und Claudia Schreiner 2007; Studie im Auftrag des BMUKK: Dropoutstrategie – Grundlagen zur Prävention und Reintegration von Dropouts in Ausbildung und Beschäftigung, durchgeführt vom IHS 2007; Studierenden Sozialerhebung des IHS 2009)

Nachhaltige Werte für die Zukunft: die Bildungsgrundsätze der Caritas

Aus Sicht der Caritas muss die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems in Richtung soziale Nachhaltigkeit folgende Grundsätze berücksichtigen:

- Das Kind, seine Entwicklung und seine Zukunftsperspektiven sind in den Mittelpunkt zu stellen: Die Würde des Kindes und die Wertschätzung gegenüber jedem Kind sind das Fundament, auf dem ein nachhaltiges Bildungssystem aufbaut.
- Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung (Artikel 28 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes) und ein Anrecht darauf, umfassend gefördert und optimal gefördert zu werden: Alle Begabungen und Talente müssen unter Berücksichtigung der Stufen der individuellen Entwicklung voll zur Entfaltung gebracht werden. Das gilt für die Begabungsförderung ebenso wie für die Förderung bei Lernbehinderung oder -schwierigkeiten.
- Die besten Lehrkräfte müssen für das Bildungssystem gewonnen werden.
- Chancengerechtigkeit muss mit Leben erfüllt werden.
- Gegenseitige Wertschätzung, der respektvolle Umgang mit allen Menschen, solidarisches Verhalten sowie die Fähigkeit und Bereitschaft, (Selbst-)Verantwortung zu übernehmen, sind Teil des Kanons an Bildungszielen.
- Das Bildungssystem muss einen starken und greifbaren Beitrag zur nachhaltigen Bekämpfung von benachteiligten Lebenssituationen oder Armutslagen leisten können.

Mit den richtigen Maßnahmen zum Ziel:
die Forderungen der Caritas

Pädagogischer Bereich

Neues Lehren und Lernen: Der Unterricht muss die Lernbegierde der Kinder fördern und aufrechterhalten, ein Lernen mit allen Sinnen ermöglichen sowie integrierend, fächerübergreifend und themenorientiert stattfinden. Er nimmt auf das Lerntempo der Kinder und Jugendlichen Rücksicht und hebt die starren Schulstundeneinheiten auf. Teamteaching muss eine Selbstverständlichkeit werden. Die innere Differenzierung im Unterricht und das Angebot einer vorbereiteten Lernumgebung kommen den individuellen Fähigkeiten und Stärken der Schüler/-innen entgegen. Eine Balance zwischen vorgegebenen und selbst gesteckten Lernzielen ist anzustreben. Die Motivation und Betonung der Stärken der Kinder sind in den Vordergrund zu stellen. Demotivation und Defizitorientierung schaden dem Selbstwertgefühl und dem Lernerfolg.

Kompensatorischen Unterricht fördern: Ein sozial nachhaltiges Schulsystem ist in der Lage, sozioökonomisch bedingte Startnachteile im Lauf der Schulzeit zu kompensieren. Dafür notwendig sind etwa gezielte zusätzliche Förderstunden, Kleingruppenunterricht, vermehrt muttersprachliches Personal für Kinder von MigrantInnen sowie sozialarbeiterische Interventionen.

Geeignete Auswahlverfahren: Auswahlverfahren für PädagogInnen vor Studienbeginn sowie Praxiserfahrung beginnend im ersten Studienjahr sollen helfen, ausschließlich für pädagogische Berufe geeignete Personen zu bekommen.

Gute Bildung.
Bessere Zukunft
für alle Kinder!

Die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller pädagogischen Professionen ist herzustellen. Die Basis dafür ist ein gemeinsames Verständnis von Bildungszielen und -inhalten. Die Durchlässigkeit zwischen den Schulstufen bis hin zum Elementarbereich wird die Qualität und Attraktivität der pädagogischen Berufe deutlich erhöhen.

Neugestaltung der Arbeitszeit und Lohnkurven im

Lehrberuf: Lehrer/-innen sollen wesentlich mehr Zeit mit den Kindern verbringen, damit vertrauensvolle Beziehungen wachsen und vertieft werden können, denn diese sind die beste Ausgangsbasis für eine positive Lernatmosphäre. Mit höheren Einstiegsgehältern kann mehr Fairness zwischen jüngeren und älteren LehrerInnen hergestellt werden. Dies wird auch zu der dringend notwendigen Imageverbesserung des Lehrberufs beitragen.

Leistungsanreize für den Lehrberuf ermöglichen:

Besonderes Engagement, Motivation und Einsatzfreude der Lehrkräfte müssen unterstützt und honoriert werden können, wobei nicht allein auf monetäre Anreize gesetzt werden darf. Positive Rückmeldungen vonseiten der Schüler/-innen sowie Lehrerfolge sind dabei zu berücksichtigen.

Umstiegsangebote für PädagogInnen entwickeln:

Es müssen Angebote wie Umschulungsmaßnahmen oder Umstiegs- und Ausstiegsszenarien für berufliche Perspektiven außerhalb des Schulsystems entwickelt werden, um PädagogInnen bei Überforderung einen Berufswechsel zu ermöglichen.

Elementarbereich

Verpflichtender, gebührenfreier Kindergarten ab dem vierten Lebensjahr: Der Kindergarten als Bildungseinrichtung fördert die Kinder frühzeitig in ihrer kognitiven und sozialen Entwicklung und schafft die Basis für eine erfolgreiche Schullaufbahn. Ebenso trägt er zur sozialen Inklusion bei. Die Kindergartenpflicht ist wie die Schulpflicht zu sehen und betrifft alle Kinder. Ziel muss es sein, auf qualitativ hohem Niveau die sprachlichen, motorischen, spirituell-religiösen, musikalischen, künstlerischen und sozialen Kompetenzen der Kinder zu fördern.

Bundesweit einheitliches Rahmengesetz für Betreuungseinrichtungen: Gruppengröße, Öffnungszeiten, Personal- und Integrationsschlüssel, Dienstrecht und altersabhängiger Betreuungsschlüssel müssen österreichweit einheitlich und als Mindeststandard geregelt werden. Die Inklusion von Kindern mit Behinderungen muss zur Selbstverständlichkeit werden. Sie darf nicht daran scheitern, dass die PädagogInnen nicht für die benötigten pflegerischen Handlungen eingeschult werden dürfen.

Verbindliche Umsetzung des BildungsRahmenPlan: Seit August 2009 liegt ein bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen vor, der zielstrebig und rasch umzusetzen ist.

Elterngarbit im Elementarbereich ausbauen: Bildung beginnt in der Familie und die Qualität des häuslichen Lernumfelds übt einen positiven Einfluss auf das kindliche Lernen sowie die kindliche Entwicklung aus. Es ist wichtiger, was Eltern tun, als das, was sie sind. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Eltern und PädagogInnen sowie Informationen, etwa über die Methode und Art der verbalen Inter-

Gute Bildung.
Bessere Zukunft
für alle Kinder!

aktion, bis hin zur Aufklärung über negative Auswirkungen von zu frühem und unkontrolliertem Medienkonsum oder Computerspielen sind wesentliche Grundlagen für eine gute spätere Schullaufbahn.

Kindergärten als „Early Excellence Centres“: Nach dem von Großbritannien ausgehenden Modell (auch in Deutschland zwischenzeitlich weitverbreitet) sollen an ausgewählten Standorten Kindergärten schrittweise zu „Early Excellence Centres“ bzw. zu Zentren für Kinder und deren Familien weiterentwickelt werden. Die Eltern werden in das Bildungsgeschehen intensiver mit einbezogen (Elternbildung, familienunterstützende Angebote).

Pflichtschulbereich

Ganzheitliche/ganztägige Schulformen ausbauen:

Ganztägige Schulformen sind ein sehr wichtiges Angebot für Kinder bildungsferner Eltern und für Kinder in benachteiligten Lebenssituationen und ermöglichen darüber hinaus Eltern die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher sollen Eltern flächendeckend zwischen einer ganztägigen Schulform oder einem Angebot mit Nachmittagsbetreuung wählen können. In allen Settings müssen ein vielfältiges (künstlerisches, musikalisches, sportliches, sozial integrierendes) Programm und Qualität in der Betreuung und Unterstützung bei Schulaufgaben gegeben sein. Um Chancengerechtigkeit herzustellen und soziale Unterschiede ausgleichen zu können, muss die Schule kostenlose Förderangebote ausbauen. Damit wird auch das Problem mangelnder Leistbarkeit von Nachhilfeunterricht gelöst.

Gemeinsame Mittelstufe der 10- bis 14-Jährigen

umsetzen: Um die Kinder optimal zu fördern und besser

auf ihre Talente und Neigungen eingehen zu können, ist die frühe Lernwegsentscheidung zu beseitigen. Die notwendige Individualisierung des Unterrichts soll im Rahmen einer gemeinsamen Mittelstufe mit einem durchlässigeren Schulsystem das differenzierte Angebot in kleinen Lern- und Leistungsgruppen vorsehen.

Polytechnische Schule neu konzipieren: Schüler/-innen der polytechnischen Schule müssen entsprechend ihren Fähigkeiten individuell gefördert werden. Die polytechnische Schule muss als Schnittstelle zur Lehre oder zu einer weiterführenden Schule als modulares System neu konzipiert werden. Sie ist auch in einer zweijährigen Form anzubieten, wenn es für die persönliche Reife und Entwicklung der Schüler/-innen notwendig ist.

Inklusives Schulsystem schaffen: Leben und Lernen gewinnen durch Vielfalt. Separation schadet Menschen mit und ohne Behinderung. Jedes Kind hat das Recht auf Bildung und auf Beschulung im regulären Schulsystem, auch über die Pflichtschuljahre hinaus. Die von Österreich ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention erklärt das gemeinsame Lernen zur Regel (ebenso die UN-Kinderrechtskonvention). Bund und Länder sind daher dazu verpflichtet, inklusive Bildung in den rechtlichen Bestimmungen festzusetzen und Aktionspläne mit klaren Zeitvorgaben zur Erreichung eines inklusiven Schulsystems vorzulegen.

Effektives Frühwarnsystem gegen Schulabbruch einführen: 8.000 Jugendliche fallen laut einer IHS-Studie vom Juni 2009 pro Jahr aus dem Bildungssystem. Um diese Zahl nachhaltig zu reduzieren, braucht es zeitgerechte präventive Maßnahmen und Interventionen im System zur rechtzeitigen Berufs- und Bildungsorientierung.

Gebührenfreies Nachholen von Bildungsabschlüssen

ermöglichen: Öffentlich anerkannte Bildungsabschlüsse – vom Hauptschulabschluss über die Lehrabschlussprüfung bis hin zur Berufsreifeprüfung – müssen leistbar nachgeholt werden können. Zudem soll ein beim AMS angesiedeltes leistungsabhängiges und bedarfsgeprüftes „Stipendien-system“ gewährleisten, dass das Nachholen des Bildungsabschlusses nicht an der Unfinanzierbarkeit der Lebenserhaltungskosten scheitert.

Strukturen

Entscheidungskompetenzen bündeln: Um umfassende Reformen im Bildungssystem durchführen zu können, sind alle bildungspolitischen Strukturmaßnahmen und Ausbildungsfragen – vom Elementar- bis zum Hochschulbereich – bei einem Entscheidungsträger, dem Bund, anzusiedeln. Die Schulautonomie ist deutlich auszuweiten und hat die Personalauswahl, gerade auch im Hinblick auf Schwerpunktsetzungen, mit einzuschließen.

Schnittstelle zwischen Kindergarten und Schule verbessern: Die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Schule soll insbesondere bei der Schuleinschreibung verbessert bzw. verbindlicher gestaltet werden.

Die Eltern tragen Verantwortung: Ein von allen Beteiligten zu unterzeichnendes und schulpartnerschaftlich ausgearbeitetes Elternhandbuch soll mithelfen, die Kooperation zwischen Eltern und Schule zu verbessern. Dieses Handbuch soll einerseits die Erwartungen der Schule an die Eltern, das Leitbild der Schule, die wichtigsten Klassen- und Schulregeln, Besonderheiten etc. und andererseits die Erwartungen der Eltern an die Schule enthalten.

Zudem muss die Schule geeignete Instrumente erhalten, um die Eltern stärker in die Pflicht nehmen zu können. Es braucht aus Sicht der Caritas eine neue Qualität des Zusammenwirkens von Schule und Eltern.

Interdisziplinären Zugang und Zusammenarbeit

forcieren: Lehrer/-innen sind keine Sozialarbeiter/-innen. Um sich auf ihre Aufgaben konzentrieren zu können, brauchen sie Unterstützung durch Beratungslehrer/-innen sowie ExpertInnen aus dem Migrations-, Gesundheits- und Sozialbereich. Diese Unterstützung wird dazu beitragen, die hohen Burn-out-Quoten im Lehrberuf zu senken.

Musisch-kreativen, künstlerischen sowie sportlichen Bereich offensiv ausbauen: Erst das Wechselspiel von kognitiven mit sensorischen, motorischen und emotionalen Aspekten schafft den Raum für die Entwicklung der Persönlichkeit und die Entwicklung besonderer Fähigkeiten. Dies ist eine unersetzliche Quelle zur Stärkung des Selbstbewusstseins der Kinder. Ebenso müssen Gesundheits- sowie Ernährungsfragen Platz im Schulablauf finden.

Fächerkanon mit religiösen, ethischen und politischen

Bezügen: Religions- und Ethikunterricht müssen Fixpunkte im Stundenplan sein. Die Beschäftigung mit religiösen und ethischen Themen, beginnend mit den Sinnfragen des Lebens bis hin zur Bedeutung von Menschenrechten, Fragen von Lebensentwürfen (Schöpfungsverantwortung) oder Fragen von (Un-)Gerechtigkeit im lokalen und globalen Kontext, sind für den Reifungsprozess des Menschen unabdingbar. Auf sie muss die Schule altersadäquat und projektbezogen eingehen. Politische Bildung ist eine Voraussetzung für demokratische Entscheidungsprozesse und ein Schutz vor manipulativen Vereinfachungen. Die Inhalte und die enorme Bedeutung der Menschenrechte sowie der

Pflichten von StaatsbürgerInnen müssen in der Schule gelebt, behandelt und vermittelt werden.

Unterrichts- und Ferienzeiten neu gestalten: Mühsam Erlerntes bleibt gerade bei Kindern aus bildungsfernen Schichten bei neun Wochen Sommerferien auf der Strecke. Unterrichts- und Ferienzeiten müssen nach pädagogischen und lernpsychologischen Gesichtspunkten neu strukturiert und aufgeteilt werden.

Teilqualifizierungen ausbauen und Benotungssysteme erweitern: Nach dem Modell der integrativen Berufsausbildung sollen auch in den berufsbildenden Schulen Teilqualifizierungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Insbesondere jene Menschen, die trotz optimaler Förderung keinen anerkannten formalen Bildungsabschluss erreichen, brauchen geeignete Qualifizierungs- und Arbeitsangebote. Die Notengebung allein gibt keine Auskunft über die Potenziale, die in einem Menschen stecken. Es ist daher das Benotungssystem zu ergänzen (z. B. durch Potenzialanalysen).

Einladende Schularchitektur umsetzen: Im Mittelpunkt einer Schulbauoffensive müssen die Schaffung von Arbeitszimmern für Lehrer/-innen, die Herstellung der Barrierefreiheit für Schüler/-innen mit Behinderung und der Umbzw. Zubau von Schulräumen zu Lebensräumen stehen, denn all dies ist eine notwendige Voraussetzung, um moderne Unterrichtsmethoden zu implementieren und ganztägige Schulformen bzw. die Nachmittagsbetreuung adäquat umsetzen zu können. Räume der Stille und der Meditation ermöglichen SchülerInnen, sich zurückziehen und im Schulstress innere Ruhe finden zu können.

